

15.3795

**Postulat UREK-NR.  
Standortbestimmung  
zur Fischerei in Schweizer Seen  
und Fliessgewässern**

**Postulat CEATE-CN.  
Etat des lieux de la situation  
des lacs et cours d'eau de Suisse  
en matière de pêche**

Nationalrat/Conseil national 14.09.15

**Bourgeois** Jacques (RL, FR), pour la commission: Lors de la séance du 22 juin dernier, la Commission de l'environnement, de l'aménagement du territoire et de l'énergie a pris connaissance du rapport sur l'environnement 2015. Comme relevé dans le rapport, la qualité de nos eaux s'est sensiblement améliorée depuis les années 1950. La Suisse est parvenue à diminuer nettement la charge de phosphore et d'azote dans les lacs et les rivières. Cette situation est principalement due à la mise en place de stations d'épuration sur presque l'ensemble du territoire suisse. Ainsi, 89 pour cent du phosphore est actuellement éliminé dans les stations d'épuration.

Si l'on peut se réjouir de cette évolution, il y a toutefois un revers à la médaille, à savoir que les concentrations de phytoplancton nécessaire à la faune aquatique, notamment les poissons, sont en très nette régression. En effet, la valeur de 30 microgrammes de phosphore par litre, indispensables au renouvellement de la faune aquatique, n'est plus atteinte dans la plupart de nos lacs.

Compte tenu de la situation, la pratique séculaire en Suisse de la pêche professionnelle est de plus en plus précaire. Ce ne sont pas les chiffres qui me contrediront: que l'on prenne les pêcheurs professionnels, les pêcheurs à temps partiel, ou ceux qui pratiquent la pêche comme hobby, leur nombre a diminué de plus de 50 pour cent en l'espace de 40 ans.

En Suisse, on ne dénombrait plus que 181 pêcheurs professionnels en 2014, alors qu'ils étaient 330 en 1975. Tout comme le nombre de pêcheurs, les rendements ont fondu comme neige au soleil. S'agissant des poissons, aussi bien les ombles chevaliers que les perches sont de moins en moins présents dans nos lacs. En même temps, les Suisses mangent de plus en plus de poisson. En 2014, ce sont 74 500 tonnes de poisson qui ont été consommées dans notre pays, soit plus de 9 kilos par habitant. Cela représente une augmentation de la consommation d'environ 60 pour cent en 25 ans. Les poissons importés garnissent par conséquent de plus en plus nos étals.

Etant donné ce constat, il est important de se poser la question de l'avenir des pêcheurs professionnels suisses. Il devient de plus en plus difficile, voire impossible, dans notre pays, de pouvoir tirer un revenu décent de cette profession. Non seulement les rendements sont en baisse, mais les coûts de production représentent aussi de plus en plus un facteur limitant. Le rapport exigé par ce postulat de commission devrait permettre de mettre en exergue ces évolutions et de proposer des mesures garantissant, à terme, l'exploitation durable des ressources halieutiques indigènes, tout en garantissant également l'assainissement des eaux.

Tant les aspects environnementaux concernant la qualité des eaux, les éléments nutritifs présents ou la biologie que les aspects socio-économiques, comme l'apport de la pêche en général pour notre société, l'évolution des revenus tirés de cette activité, les conditions actuelles de la formation professionnelle, la déclaration d'origine ou encore l'évolution de l'importation et de la consommation devraient être passés sous la loupe.

Pour toutes ces raisons, je vous invite à soutenir ce postulat, ainsi que l'a fait la commission par 14 voix contre 7 et 2 abstentions.

**Girod** Bastien (G, ZH), für die Kommission: Die UREK hat im Rahmen der Behandlung des Umweltberichtes 2015 dieses Kommissionspostulat beschlossen. Es geht dabei darum, den Bundesrat zu ersuchen, einen Bericht über die Situation in den Schweizer Seen und Fliessgewässern vorzulegen. Es geht eigentlich um das Fischereigewerbe; dabei soll eine ökologische und sozioökonomische Bestandaufnahme geliefert werden. Es sollen Empfehlungen zur nachhaltigen Nutzung der einheimischen Fischbestände geliefert werden. Das Fischereigewerbe in der Schweiz ist im Moment in einer schwierigen Situation. Einerseits hat es eine geringere Ausbeute, andererseits hat es hohe Betriebskosten. Auch die Importsituation ist so, dass es schwierig ist, am Markt entsprechende Erträge zu erwirtschaften.

Der Bericht soll untersuchen, was die Grundlage ist und welche Möglichkeiten für eine nachhaltige Nutzung bestehen. Die Situation ist komplex. Nach der Erarbeitung dieses Vorstosses hat die Kommission die Eawag besucht. Dort ist uns aufgezeigt worden, wie komplex die Zusammenhänge sind, aber auch, dass ein breites Wissen vorhanden ist. Deshalb wäre es für die weitere politische Arbeit wertvoll, wenn Empfehlungen erarbeitet würden, wie eine nachhaltige Nutzung der einheimischen Fischbestände möglich ist.

Die Kommission hat nicht allzu lange diskutiert und mit 14 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen, dieses Kommissionspostulat einzureichen.

**Schelbert** Louis (G, LU): Geschätzter Bastien Girod, man kann Fragen stellen, und die Kommission stellt in gewissem Sinne auch Fragen. Das geht oft in zwei Richtungen: Man kann Fragen stellen, die etwas infrage stellen, aber man kann auch Fragen stellen, um zu einem bestimmten Sachverhalt mehr zu erfahren, besser informiert zu werden.

Ich möchte wissen, ob die Kommission eine vorgefasste Meinung darüber hat, in welche Richtung die Vorschläge dann zu gehen hätten, oder ob die Kommission unvoreingenommen wissen will: Was lässt sich wo wie machen?

**Girod** Bastien (G, ZH), für die Kommission: Wenn Sie den Text lesen, dann sehen Sie, dass es um eine nachhaltige Nutzung der einheimischen Fischbestände geht. Sicher, es wurde jetzt das Thema der Eutrophierung genannt – es wurde auch in der Begründung des Postulates genannt –, aber es ist klar, dass die Ökologie hier wichtig ist. Es scheint mir in diesem Zusammenhang interessant, darauf zu verweisen, dass auch die Umweltverbände, welche das ja auch sehr kritisch sehen, empfehlen, diesem Vorstoss Folge zu geben, gerade auch, um eine Versachlichung der Diskussion zu erreichen. Beim Besuch in der Eawag hat die Kommission dann auch gefragt, wie das sei, ob man bezüglich der Eutrophierung einfach wieder etwas in die andere Richtung gehen könne und dann die Bestände zunehmen würden. Es wurde uns dann gesagt, dass das eben sehr komplex sei. Es könne auch sein, dass es viel mehr kleine Fische gebe, dass es sich nicht immer so linear entwickle. Das kann die Kommission nicht selber beurteilen, deshalb verlangt sie ja hier einen Bericht, damit das entsprechende Wissen, um Empfehlungen machen zu können, von der Wissenschaft erarbeitet wird.

**Friedl** Claudia (S, SG): Herr Girod, als Erstes möchte ich der Kommission danken, dass sie dieses Thema aufgenommen hat; es ist ja ein Postulat, das ich angestossen habe. Ich denke, es ist eine wichtige Frage, die hier gestellt wird. Aber ich tendiere ein bisschen in die Richtung von Herrn Schelbert, wenn ich das lese. Ist es weiterhin so, dass Sie alle davon ausgehen, dass man jedes Gewässer einzeln behandeln muss, vor allem bei den grossen Seen? Es gibt ja wohl kaum einfach eine Beurteilung, die dann für jeden See gelten kann.

**Girod Bastien** (G, ZH), für die Kommission: Richtig, es wird nicht einfach eine Empfehlung für alle Seen geben, die die gleiche ist. Man muss da – und das steht ja auch im Text des Postulates – die ökologischen Zusammenhänge aufnehmen und deshalb die verschiedenen Seen entsprechend unterschiedlich behandeln. Das Postulat nimmt insbesondere nicht vorweg, dass irgendwie die Lösung im Zusammenhang mit der Eutrophierung zu suchen ist; es lässt das offen. Es stellt vor allem die Situation des Fischereigewerbes ins Zentrum und verlangt Verbesserungen und Massnahmen für das Fischereigewerbe. Es ist aber, so wie die Formulierung im eingereichten Text ist, bezüglich der Lösungen offen.

**Leuthard Doris**, Bundesrätin: Ich bitte Sie, dieses Postulat abzulehnen. Ich tue dies nicht, weil es mir nicht klar ist, dass Berufsfischer heute eine schwierige Situation haben, aber wir haben dank des Hydrologischen Jahrbuchs, das jährlich erscheint, sehr genaue Informationen über den Zustand unserer Gewässer. Dazu gehören Informationen über den Abfluss, den Wasserstand, die Wasserqualität jedes Gewässers. Zusammen mit den Kantonen verfügen wir da also über gute Informationen. Weiter führen wir die Eidgenössische Fischereistatistik, der Sie jedes Jahr die Entwicklung der Fangerträge entnehmen können.

Wir wissen, dass ein Grund für die kleineren Erträge die Sauberkeit der Gewässer ist. Diese führt zu kleineren Fischen, das ist seit Jahren bekannt. Wir haben da quasi einen natürlichen Zustand erreicht, weil sehr viele Düngemittel, die noch vor zwanzig Jahren verwendet wurden, nicht mehr in den Seen sind, weil die Fische deshalb weniger Nahrung finden und entsprechend weniger wachsen. Das ist eigentlich etwas Natürliches, für das man gekämpft hat und das man nicht rückgängig machen sollte.

Schlussendlich geht das Postulat auch die Bildungsseite an, die Ausbildung der Berufsfischer. Dazu muss ich sagen, dass es gemäss Berufsbildungsgesetz Aufgabe der Organisationen der Arbeitswelt ist, Lerninhalte und Qualifikationsverfahren zu definieren. Auch das ist nicht Sache des Bundes und könnte mit einem Bericht für diesen Sektor auch nicht eruiert werden. Deshalb meinen wir, es lägen genügend Informationen vor, wenn man hier handeln wollte. Auch ist dem Bundesrat nicht klar, was der Mehrwert eines solchen Berichtes sein sollte.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch folgenden Hinweis: Sie geben uns zu Recht vor, sparsam mit personellen Ressourcen umzugehen, auch im Hinblick auf Berichte. Wir sind für so wenig Bürokratie wie möglich und lehnen die Erstellung eines solchen Berichtes deshalb ab.

**Le président** (Rossini Stéphane, président): La commission propose d'adopter le postulat. Le Conseil fédéral propose de le rejeter.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 15.3795/12 384)

Für Annahme des Postulates ... 125 Stimmen

Dagegen ... 47 Stimmen

(2 Enthaltungen)

14.4079

### **Postulat Friedl Claudia. Stärkung des Vollzugs im Bereich des Bauens ausserhalb der Bauzone**

### **Postulat Friedl Claudia. Renforcer l'exécution du droit en matière de construction hors zone à bâtir**

Nationalrat/Conseil national 20.03.15

Nationalrat/Conseil national 14.09.15

**Friedl Claudia** (S, SG): Mit meinem Postulat möchte ich bewirken, dass der Stand des Vollzugs der Bestimmungen im Bereich des Bauens ausserhalb der Bauzone vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) dargelegt wird.

Warum ist das wichtig? Wir wissen und sehen es alle: Die typischen schönen Schweizer Landschaften sind enorm unter Druck, nicht nur durch die Ausweitung der Baugebiete – das haben wir jetzt mit der Revision des Raumplanungsgesetzes geregelt –, sondern ebenso durch die Bautätigkeit in den Gebieten ausserhalb der Bauzone. Das ARE hat 2011 in einem Monitoringbericht festgestellt, dass es 595 000 Gebäude ausserhalb der Bauzone gibt. Diese Zahl nimmt zu dem weiter zu.

Es stellt sich die Frage, ob die heutigen Regelungen die richtigen Instrumente sind, um die Ziele des Raumplanungsgesetzes im Bereich des Bauens ausserhalb der Bauzone zu erreichen. Die Ziele sind nämlich der Schutz der Landschaften und des Kulturlandes. Das ist übrigens ein Schutzauftrag, den die Bevölkerung in verschiedenen nationalen und kantonalen Abstimmungen immer wieder bestätigt hat.

Sie wissen auch, dass die Gesetzgebung im Bereich des Bauens ausserhalb der Bauzone in den letzten Jahren immer wieder gelockert worden ist, nicht zuletzt aufgrund von einzelnen Härtefällen und neuen flächenintensiven Bedürfnissen der Landwirtschaft. Daraus sind teilweise Türöffner geworden, die unzählige neue Bauten im Gebiet ausserhalb der Bauzone mit sich gebracht haben.

Es schleckt keine Geiss weg, dass es immer wieder zu Schwierigkeiten im Vollzug kommt. Es gibt beispielsweise auch in meinem Kanton unrechtmässig durchgeführte Bauvorhaben, gegen die kantonale Verfügungen oder sogar Gerichtsurteile vorliegen. Doch die Gemeinde setzt diese dann nicht durch, warum auch immer. Das erzeugt Verdross bei denjenigen, die sich an die Gesetze halten und damit akzeptieren, dass ausserhalb der Bauzone zum Schutz der Landschaft und des Kulturlandes strengere Auflagen einzuhalten sind. Das ist rechtsstaatlich äusserst problematisch. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Rechtssicherheit wieder gestärkt wird.

Ich bin etwas überrascht, dass die beiden Personen, die das Postulat bekämpfen, ehemalige Gemeindepräsidenten, keine Hand für eine bessere und einheitlichere Umsetzung der Bestimmungen bieten wollen. Es ist offensichtlich, dass Handlungsbedarf besteht. Der Bundesrat hat das Thema auch in der zweiten Revision des Raumplanungsgesetzes aufgenommen; diese ist jetzt aber ein bisschen auf Eis gelegt. Deshalb ist genau jetzt der richtige Zeitpunkt, um zu überprüfen, ob die bestehenden Normen greifen und vollzogen werden und welche Wirkung sie haben. Mit dieser Aufarbeitung des Ist-Zustands können die Stärken und Schwächen der jetzigen Bestimmungen erkannt werden. Daraus kann dann zusammen mit den Kantonen, die diese Bestimmungen ja auch umsetzen müssen, abgeleitet werden, wie die bestehenden Instrumente gestärkt werden können oder ob sie angepasst werden müssen. Die schweizerische Fachinstitution in Sachen Raumplanung, die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung, begrüsst die Ausarbeitung